

Berlin, 25.10.2011

## **Mexiko im Ausnahmezustand**

### **Interview mit José Reveles und Marta Durán über Drogenkriege, Korruption und zivilgesellschaftliche Perspektiven in Mexiko.**

**Angela Isphording:** *Guten Morgen. Wir sind hier mit José Reveles und Marta Durán, zwei JournalistInnen aus Mexiko, die sich mit dem Thema Drogenhandel und Mafia beschäftigt haben. Zunächst möchte ich Sie bitten, uns eine Momentaufnahme der aktuellen Situation in Mexiko zu geben, damit wir uns die Situation besser vorstellen können.*

**José Reveles:** Am meisten besorgt sind die Mexikaner derzeit über die extreme Gewalt, die sich auf verschiedene, auch skandalöse Art und Weise äußert. Nur ein Beispiel, um die Aufmerksamkeit dafür zu wecken: Vor wenigen Wochen, kurz bevor wir hierherkamen, wurden 35 Leichen aufgefunden, die in eine Straßenunterführung in Boca del Rio geworfen worden waren, eine bekannte Gegend nahe von Veracruz. An diesem Beispiel werden schlaglichtartig verschiedene Problematiken deutlich: Denn erst sagte die Regierung, das sei die Tat gewöhnlicher Verbrecher und dann erklärte sie, diese Menschen seien von den Mata-Zetas ermordet worden, einer Gruppierung, von der niemand so recht weiß, wer sie sind. Sicher ist, dass sie Paramilitärs sind. Aber es ist nicht klar, ob sie privat oder staatlich oder eine Mischung von beidem sind. Solche Ereignisse erfüllen die mexikanische Gesellschaft mit großer Sorge. Sie fordert vor allem Sicherheit, aber bei Achtung der Bürgerrechte. Denn es stimmt nicht, wie es offizielle Darstellungen glauben machen wollen, dass sich die Bösen nur untereinander töten und dass die Regierung darauf reagiert, ohne die Bürgerrechte einzuschränken. Wir haben es mit einer Zahl von mehr als 50.000 Toten in nur viereinhalb Jahren zu tun, und Mexiko befindet sich deswegen in einem Schockzustand.

**Angela Isphording:** *Marta Durán, möchten Sie noch etwas hinzufügen?*

**Marta Durán:** Am meisten versetzt es die Menschen in Angst und Schrecken, dass sie nicht wissen, wo sie im Fall eines Verbrechens Anzeige erstatten können. Denn sie vertrauen der Polizei nicht, da diese in vielen Gegenden selbst Teil der Verbrecherbanden ist. Die Institutionen funktionieren nicht. Es ist schrecklich: Jedes Mal, wenn eine Bande von Entführern oder Bankräubern auffliegt, stellt sich heraus, dass ein guter Teil ihrer Mitglieder Polizeibeamte im Dienst sind. Das heißt, die Grenze zwischen Polizei und dem organisierten Verbrechen geht verloren. Das organisierte Verbrechen ist sogar Teil der Regierung, und die Regierung gehört zum organisierten Verbrechen. Sie sind wie siamesische Zwillinge mit einem einzigen Herzen - und dieses Herz pumpt Korruption in alle Richtungen. Noch schlimmer als die Korruption ist meines Erachtens die allgemeine Straflosigkeit. Denn sie lädt dazu ein, dass jeder morden und rauben kann und weiß, dass ihm nichts passieren wird.

**Angela Isphording:** *Präsident Felipe Calderón spricht von einem Krieg gegen den Drogenhandel. Ein kürzlich erschienener Forschungsbericht der Universität Heidelberg hat Mexiko als ein Land im Kriegszustand klassifiziert. Ich weiß nicht, ob Sie diese Studie kennen. Sind Sie mit dieser Analyse einverstanden? Und wenn ja, wer kämpft gegen wen? Und wer sind die Toten?*

**José Reveles:** Ja, es ist ein Krieg. Calderón hat es im Nachhinein bereut, dies so ausgesprochen zu haben. Aber ebenso hat der italienische Priester Flor de María Rigoni, der seit vielen Jahren Migranten in Tapachula unterstützt, vor drei Tagen gesagt, in Mexiko gebe es in vielen Gegenden einen nicht erklärten Krieg. Wie auch immer man dies benennt: Auf jeden Fall fährt die mexikanische Regierung einen Konfrontationskurs gegen die Banden. Diese sind aber schwer zu lokalisieren und deswegen ist es auch kein Krieg mit klaren Fronten - und dies ist meines Erachtens auch die Hauptschwäche einer solchen Strategie. Die Regierung tritt dem Verbrechen nur auf eine strafende, bewaffnete Weise entgegen. Sie setzt dafür sowohl das Heer, als auch derzeit ganz besonders die Marine, sowie die Bundespolizeien ein. Diese Armeen fallen in die verschiedenen Bundesstaaten ein, und die lokalen Polizeieinheiten verlieren ihre Daseinsberechtigung und verwandeln sich selbst in Kriminelle - so analysieren es jedenfalls Menschenrechtsorganisationen. Man fragt sich, warum sie nur auf Konfrontation setzen, wenn dies doch eine der Hauptschwächen ihrer Strategie ist. Warum zerstören sie nicht die Finanzstrukturen und entziehen den transnationalen Konzernen, die die Produktion und den Handel mit den Drogen kontrollieren, die finanzielle Basis? Warum greifen sie nicht die Komplizenschaft lokaler Behörden mit dem Drogenhandel an, wie Marta es gerade ansprach? Schließlich sind die lokalen Polizeistrukturen und das Verbrechen oft ein und dasselbe. Im Norden des Landes sprechen sie deswegen auch von „Poli-Zetas“ - also von Polizisten, die gleichzeitig zum Kartell der Zetas gehören. Dort fand die schreckliche Tragödie von San Fernando statt; man fand dort im August 2010 zunächst 72 Leichen von Menschen ohne Papiere aus Zentralamerika. Und dieses Jahr, im April, Mai und Juni, tauchten noch einmal 230 Körper auf. Es gibt Aussagen, dass dort ganze Busse beerdigt sind, und auch Verhaftete haben bestätigt, dass dort noch weitere 600 Tote begraben sind.

**Angela Isphording:** *Ganze Busse, wie meinen Sie das?*

**José Reveles:** Ja, Passagierbusse voller Leute, die in Richtung USA unterwegs waren, und die sie direkt auf dem Bus umgebracht und dann darin begraben haben. Das ist schrecklich und ist bisher noch nicht an die Öffentlichkeit gekommen; aber in meinem Buch belege ich das mit Polizeiberichten. Unabhängig davon gibt es auch das Geständnis einer Person, die von der Regierung verhaftet wurde. Es ist ein Deserteur der Armee namens Montiel, sein Spitzname ist „El Wache“, und er ist 22 Jahre alt. Er sagt, er habe persönlich 300 Menschen umgebracht, und weitere 600 Menschen seien ebenfalls verscharrt worden. Nur: niemand hat sie bisher gesucht. Man spricht von Straflosigkeit und es gibt eine große Medienkampagne, um die Verhaftung dieses Kriminellen kundzutun, aber man zieht nicht die logischen Schlussfolgerungen daraus. Ich sage: Solange man ihnen ihr Geld, ihre Firmen, ihre Bankkonten nicht wegnimmt, können sie weiter Waffen und gepanzerte Fahrzeuge kaufen, sie können Killer kaufen, und sie können weiter die staatlichen Behörden bestechen, damit diese sie decken. Und so können sie weiteroperieren und ihre Geschäfte betreiben, selbst aus dem Gefängnis heraus. Insofern bringt eine kriegerische Konfrontation nicht all zu viel.

**Marta Durán:** Ja, es ist ein Krieg, aber kein Krieg gegen den Drogenhandel sondern zwischen verschiedenen Gruppen des Drogenhandels. Zur organisierten Kriminalität werden 21 Delikte gezählt, nur eines davon ist Drogenhandel. Die organisierte Kriminalität hat schon immer mit der Regierung, mit den lokalen Kaziken, mit den Gouverneuren und Polizeichefs paktiert. Es gab diesen Pakt zwischen den mächtigen Männern der Gesellschaft - und das Geschäft verlief reibungslos. Aber als die PRI (Partido Revolucionario Institucional) im Jahr 2000 die Präsidentschaft verlor, war das, als

ob ein Vater starb, der alles unter Kontrolle hatte, und dessen Söhne sich seitdem um sein Erbe streiten. Sie streiten um Routen, sie streiten um Märkte und um vieles mehr. Es ist ein Krieg zwischen Drogenhändlern um ihren Anteil am Kuchen. Es ist jedoch kein Krieg gegen die Ursachen dieser organisierten Kriminalität: es gibt keine Zukunftsperspektiven für Jugendliche, es gibt nicht genug Schulen, es gibt keine Arbeit. Viele Faktoren ergeben eine explosive Mischung, und die Regierung erweist sich als absolut handlungsunfähig. Anscheinend unterstützt die Regierung von Calderón eines der Kartelle, damit dieses die anderen kleineren Kartelle kontrolliert, um im Austausch dafür wieder Handlungsspielräume zu gewinnen. Aber die anderen Kartelle erlauben dies nicht. Sie beschwerten sich immer wieder, dass eines der Kartelle, das Kartell Sinaloa, geschützt wird. Und jedes Mal, wenn ein Mafiaboss verhaftet oder umgebracht wird, spalten sich die Kartelle, und diese Abspaltungen spalten sich wiederum. Ursprünglich waren es sieben Kartelle. Wieviele Abspaltungen gibt es inzwischen?

**José Reveles:** Es sind neue Gruppen aufgetaucht, so dass es inzwischen mehr als 12 bekannte Kartelle gibt. Außerdem gibt es auch nach diesen Brüchen immer wieder neue Allianzen. Selbst wenn es Tote zwischen ihnen gibt, schließen sie sich auch wieder zusammen, wenn es ihnen als zweckmäßig erscheint.

**Marta Durán:** Und niemand hat diesen Krieg aller gegen alle unter Kontrolle. Die neuen Organisationen sind sehr gewalttätig. Denn Terror ist eine politische Waffe, sie lähmt die Menschen. Sie verbleiben in einer Schockstarre, so wie es Naomi Klein über die Doktrin des Schocks gesagt hat.

**Angela Isphording:** *Um es richtig zu verstehen: Sie beide sagen, dass es sich um einen Krieg handelt, aber nicht um einen Krieg gegen den Drogenhandel, sondern zwischen den verschiedenen Banden. Aber ich gehe davon aus, dass diese ermordeten Migranten in San Fernando zu keiner dieser Banden gehörten. Es gibt unendliche viele Menschen, die sozusagen Kollateralschäden dieses Krieges sind. Wie viele Menschen sind denn gezwungenermaßen in diesen Krieg verwickelt?*

**José Reveles:** Gut, dass Sie das fragen, denn darauf wollte ich gerade eingehen: Diese Situation verletzt sowohl die Rechte der mexikanischen Bürger als auch die der zentralamerikanischen Migranten. Diese durchqueren Mexiko auf der Suche nach dem amerikanischen Traum, also mit dem Ziel, in den USA zu arbeiten. Es gibt offizielle Zahlen der Nationalen Menschenrechtskommission, dass jedes Jahr 20.000 Migranten in Mexiko entführt, gefoltert und so lange erpresst werden, bis ihre Familien Geld schicken. Frauen werden vergewaltigt, einige Männer werden auch umgebracht, andere freigelassen. Eine menschliche Tragödie spielt sich entlang der ganzen Route durch Mexiko ab, also nicht nur im Süden, wo sie ins Land kommen, sondern von Tehuantepec über Oaxaca und Veracruz bis Tamaulipas, wo man diese Toten gefunden hat. Die schreckliche Zahl von etwa 20.000 Menschen pro Jahr, die Mexiko durchqueren und davon betroffen sind, wurde sowohl von den Priestern Alejandro Solalinde und Flor de María Rigoni, als auch anderen Organisationen bestätigt. Denn das organisierte Verbrechen beschränkt sich nicht, wie Marta schon sagte, auf den Handel und die Produktion von Drogen.

In Mexiko gibt es übrigens die ganze Bandbreite von Drogen: Marihuana und Schlafmohn werden angebaut und sehr viele verschiedene synthetische Drogen hergestellt. Wir exportieren inzwischen schon Technologien zur Produktion synthetischer Drogen. Wir erhalten diese Drogen über die Häfen von Lázaro Cárdenas und Mazatlán aus Asien und Europa. Und durch Mexiko geht auch die Transportroute für Kokain, das in Südamerika produziert wird. Das heißt, in Mexiko sind alle Drogen

verfügbar. Mexiko ist ein sicherer Zulieferer für den US-amerikanischen Markt und auch für Europa; Hauptabnehmer sind aber die USA.

Die Gewaltsituation betrifft aber nicht nur die Migranten. Auch ganz normale mexikanische Bürger können viele Landstraßen nicht mehr befahren, weil es überall Kontrollposten gibt, nicht nur der Militärs oder der Polizei, sondern auch der kriminellen Organisationen. Man kann nicht unterscheiden, welche Posten echt sind - und welche eine Täuschung. Beide Gruppen benutzen Sturmmasken, die so genannte Balaklava, um ihr Gesicht zu verbergen; alle tragen schwarze oder Kamouflage-Uniformen. Das ist ein Problem für die gesamte Gesellschaft. Die Regierung bestätigt die Todesfälle unter mexikanischen Bürgern kaum; aber es sind sehr viele, die überhaupt nichts mit illegalen Geschäften zu tun haben. Es sind Händler, Verkäufer, Leute, die ihre Familie besuchen wollen, die in Richtung USA unterwegs sind oder von da zurückkommen. Ein Klima absoluter Unsicherheit ist so entstanden. Es gibt Gegenden der mexikanischen Republik, in denen die Regierung jeglichen Einfluss verloren hat.

**Angela Isphording:** *Könnte man von einem „gescheiterten Staat“ sprechen?*

**José Reveles:** Ja, so wurde die Situation schon bezeichnet. Was gescheitert ist, ist meines Erachtens die Strategie des Krieges. Denn was hat sie heraufbeschworen? Weil man den Drogenhändlern keinerlei Macht mehr zugesteht, reagieren sie, indem sie die Staatsmacht von Tag zu Tag immer mehr herausfordern. Sie betreiben Frauen- und Menschenhandel, vertreiben Kinderpornographie, handeln mit Waffen und Drogen, sie schmuggeln und erpressen. Und sie fordern monatliche Schutzgelder von Restaurants und Bars, um handlungsfähig zu bleiben. Wenn sich Leute weigern zu zahlen, reagieren sie mit Angriffen oder zünden die Lokale an. Das heißt, es geht um eine Vielzahl von Verbrechen, die sich längst nicht mehr nur auf die Produktion und den Weiterverkauf von Drogen beschränken. Und all das schafft enorme Unsicherheit: Zum Beispiel wurde in Monterrey ein Casino angezündet und mehr als 50 Menschen verbrannten darin, weil der Casinobesitzer das Schutzgeld nicht bezahlt hatte.

**Angela Isphording:** *Um den Blick ein bisschen zu erweitern: Mexiko hat eine lange Geschichte der Menschenrechtsverletzungen. Soweit ich verstanden habe, geraten viele der Opfer nicht zufällig zwischen die Fronten. Vielmehr wird dieser so genannte Krieg gegen den Drogenhandel auch genutzt, um soziale Bewegungen, Basisorganisationen zu unterdrücken. Könnten Sie dazu etwas sagen?*

**Marta Durán:** José Reveles hat sehr gut in seinem Buch „Levantones, Narcofosas y falsos positivos“ dokumentiert, wie Zeugenaussagen dies im Fall der Operation Chihuahua bestätigt haben: Als Polizei- und Militäreinheiten in Chihuahua ankamen - angeblich um es zu befrieden - haben sie als erstes Menschenrechtsgruppen, Arbeiterführer und Gewerkschafter unterdrückt. Der Kampf gegen den Drogenhandel ist also ein sehr guter Vorwand, um das Land zu militarisieren.

**José Reveles:** Ich habe Zeugenaussagen von Personen aus dem Bundesstaat Morelos, der sich plötzlich in eine sehr von Gewalt geprägte Gegend entwickelte. Die Hauptstadt Cuernavaca galt bisher als Stadt des ewigen Frühlings, ideal für die Ferien. Die Situation war vor einigen Monaten so schlimm, dass Basisorganisationen dort so etwas wie eine Ausgangssperre ausriefen: Heute geht Ihr lieber nicht vor die Tür, denn es wird heftige Schießereien geben. Und die Leute blieben zuhause eingesperrt. José Martínez Cruz von der Unabhängigen Kommission für Menschenrechte (CIDH)

erklärte mir, dass sie dort Listen mit den Namen der Jugendlichen führen, die sie zuhause abholen. Und wenn sie jemanden zufällig auf der Straße treffen und dieser sich identifiziert, dann wissen sie schon gleich: Du bist deswegen und deswegen vorbestraft. Wir haben es mittlerweile mit einem Polizeistaat zu tun - und sie kennen ihre Opfer genau. Wie Marta schon über Chihuahua sagte - und dies trifft insbesondere für Ciudad Juárez zu: Als die Armee dort im März 2008 eintraf, gab es eine wirklich schreckliche Explosion der Verbrechen. Ich nenne die Zahlen, um eine Vorstellung davon zu geben: 2008 stieg die Zahl der Morde, oder wie es korrekt heißt der vorsätzlichen Tötungen von 160 in einem Jahr auf 1.450. Im Jahr 2009 gab es 2.500 und im Jahr 2010 3.300 Opfer. Wirklich grausam. Dazu kamen tausende von Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung, um angeblich Straftäter zu suchen. Tatsächlich sind die Opfer aber ganz normale Leute, die gar nichts mit Verbrechen zu tun haben. Sie werden jedoch kriminalisiert - und hier komme ich zu einem weiteren Phänomen: In dem Moment, in dem es eine Schießerei gibt und Menschen sterben, wird gesagt: Sie waren Verbrecher, auch wenn man schon wenige Tagen oder auch Stunden danach weiß, dass das nicht stimmt. Auf einem Fest im Viertel Villas de Salvárcar in Ciudad Juárez wurden beispielsweise 18 Personen getötet, von denen sie behaupteten, es seien Kriminelle gewesen. Aber nein, es waren Schüler und Sportler. Auch von den zwei ermordeten jungen Studenten der Technischen Hochschule von Monterrey behaupteten sie, es seien Verbrecher gewesen. Wir können beliebig mit Beispielen fortfahren, es gibt sehr viele davon. Soziale Proteste oder auch möglicherweise aufkeimender Widerstand werden also kriminalisiert - im Rahmen dieser Strategie zur Bekämpfung organisierter Kriminalität.

**Marta Durán:** Ich möchte noch etwas hinzufügen: Bei diesen illegalen Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl nehmen die Polizisten alles mit, was sie haben wollen. Sie leeren dir das Haus, sie berauben dich, nehmen dein Geld, deinen Fernseher mit, was auch immer. Das sind Plünderungen wie im Krieg, um den Sold der Truppen aufzubessern. Und niemand setzt sich dafür ein, das zu unterbinden.

**Angela Isphording:** *Bis jetzt haben wir von Mexiko sozusagen als einer Insel des Terrors gesprochen, aber Mexiko ist ja Teil von Nordamerika und Lateinamerika. Welche Rolle kommt in diesem größeren Zusammenhang Washington zu, und welche Bedeutung haben die Ereignisse in Kolumbien?*

**José Reveles:** Washington ist sehr einverstanden mit dem Krieg, den Calderón führt. Sie gehen davon aus, dass gegen die Verbrecher bis zum Sieg gekämpft werden muss, ohne die Strategie zu hinterfragen. Die US-Regierung gibt Mexiko über drei Jahre 1,4 Milliarden US-Dollar in Form technischer Unterstützung. Das ist letztendlich für ein solches Land wie unseres sehr wenig - zum Glück! Aber auch mit diesem wenigen Geld folgt unsere Regierung der Linie, die Washington vorgibt. Außenpolitisch ist die mexikanische Regierung immer bereit, Verträge und Abkommen zu unterschreiben oder zu ratifizieren, die sie dann in der Praxis überhaupt nicht umsetzt. Sie zeigt ein freundliches Gesicht auf internationalem Terrain, ein Verhalten, das sich aber überhaupt nicht in der mexikanischen Wirklichkeit niederschlägt.

**Angela Isphording:** *Welche Abkommen zum Beispiel?*

**José Reveles:** Es gibt zum Beispiel das internationale Abkommen gegen Gewalt gegen Frauen und es wurde auch ein dementsprechendes mexikanisches Gesetz verabschiedet. Aber die tatsächliche Gewalt ist nicht zurückgegangen, und es gibt keine beispielhaften Fälle, bei denen wir hätten

beobachten können, dass das Gesetz auch umgesetzt wird. Auch für das Recht von Frauen auf körperliche Selbstbestimmung, das Recht auf Abtreibung, ist in der Hauptstadt ein Gesetz verabschiedet und an alle zuständigen Stellen verbreitet worden. Aber die Regierung hat daraufhin eine Kampagne gestartet, mit der sie sich dafür einsetzte, das Gesetz wieder zurückzunehmen, also den Frauen diese Freiheiten wieder zu nehmen. Das sind zwei Beispiele: auch wenn die internationalen Abkommen unterzeichnet werden, müssen diese noch lange nicht eingehalten werden.

Kolumbien ist meines Erachtens derzeit ein zentraler Faktor; ich beschreibe dies in meinem Buch. Denn Kolumbien bildet derzeit zwischen 10.000 und 11.000 mexikanische Polizeibeamte und Soldaten aus.

**Angela Isphording:** *Die kolumbianische Armee?*

**José Reveles:** Ja, entweder reisen die Mexikaner nach Kolumbien, oder die Militärberater kommen nach Mexiko zur Ausbildung. Eigentlich wollten sie die Ausbildung in Mexiko machen. Aber wegen der Gewalt haben sie beschlossen, sie nach Kolumbien zu verlegen. Es ist ein Plan zwischen drei Parteien: Die USA hat über den Plan Colombia und die Mérida-Initiative bestimmt, dass die Kolumbianer die Mexikaner ausbilden. Denn es würde die anti-US-amerikanischen Traditionen in Mexiko empfindlich stören, wenn die USA direkt in Mexiko ausbilden würde. Letztendlich ist das so aber auch kein Unterschied. Der Ex-Präsident Kolumbiens, Álvaro Uribe, berät zudem Calderón; und gerade am 7. Juni ist er offiziell zum Berater der Regierung des Bundesstaates Chihuahua und der Stadtverwaltung von Ciudad Juárez erklärt worden. Das ist das schlimmste, was passieren konnte. Schließlich war Uribe in der Vergangenheit für die „falsos positivos“ verantwortlich, also für die Praxis, unschuldige Leute zu ermorden und sie im Nachhinein als im Kampf gefallene Guerilleros zu präsentieren.

**Marta Durán:** Wichtig ist außerdem, dass Washington zwar mit den Drogen zu tun hat, die Auseinandersetzungen um den Drogenhandel aber in Mexiko stattfinden. Die USA halten sozusagen die Nase hin, während Mexiko die Toten liefert. Es ist ein Problem, dass es keine ernsthaften Auseinandersetzungen über die Legalisierung einiger Drogen in den USA gibt. Denn das würde Auswirkungen auf den ganzen Kontinent haben. Solange die Prohibition aufrechterhalten wird, werden die Preise weiter hoch sein und die Mafias stark bleiben. Und auch die Geldwäsche ist ein wichtiger Aspekt. In den USA werden Milliarden von Dollars aus der organisierten Kriminalität gewaschen - nicht nur aus dem Drogenhandel, sondern auch aus Entführungen, illegalen Wettspielen und Menschenhandel. In den USA kam der Bericht über eine Bank an die Öffentlichkeit...

**José Reveles:** Es ging um die Bank Wachovia. Im Guardian in London und auch in den USA wurden Recherchen veröffentlicht, dass diese Bank in den USA 378 Milliarden US-Dollar des Kartells Sinaloa gewaschen hat. Das sind enorme Summen; sie entsprechen etwa 10 Jahren ihrer Einnahmen von jährlich etwa 40 Milliarden US-Dollar. Diese Informationen über die Art der Kapitalbewegungen haben die mexikanische Regierung dazu gezwungen, die Banken stärker zu überwachen. Denn anscheinend ist die Herkunft von zwischen 10 und 20 Milliarden US-Dollar jährlich in Mexiko ungeklärt. Jetzt versuchen sie, stärkere Kontrollen einzurichten. Aber auch hier ist das Problem, dass dieses Kapital auf vielen verschlungenen Wegen in die mexikanische Ökonomie einsickert und dass das sehr schwer zu überwachen ist.

**Angela Isphording:** *Auch die Waffen kommen hauptsächlich aus den USA, oder?*

**José Reveles:** Es ist eine Legende, dass alles aus den USA kommt. Tatsächlich kommen viele der Waffen aus Zentralamerika, entweder aus den früheren Kriegen, oder diese Länder dienen als Transitländer. Denn es ist sehr viel einfacher, unter diesen schwachen Regierungen Waffen einzuführen und weiter nach Mexiko zu verkaufen, als es in den USA ist. Außerdem gibt es viel Waffenschmuggel an den Küsten Mexikos; die Waffen aus Asien und Europa kommen direkt über den Seeweg. Es gibt also viele Möglichkeiten: Waffen aus den USA, aus Zentralamerika und über beide Küsten. Man geht heute von fast 20 Millionen Waffen auf dem illegalen Markt in Mexiko aus. Wir sind ein mit Waffen vollgestopft Land, und dies fördert die Gewalt. Umso mehr wollen die Leute auch wiederum Waffen haben, um sich zu verteidigen. Um eine Schlussfolgerung aus all diesen schrecklichen Entwicklungen zu ziehen: es wird keine Lösung über Nacht geben, weder mit einem Krieg, noch mit einem Angriff auf die Finanzstruktur. All dies ist wichtig; aber auch die sozialen Hintergründe müssen berücksichtigt werden. In Mexiko leben derzeit bis zu acht Millionen so genannte „ni-nis“ („Weder-nochs“), wie sie verächtlich genannt werden. Damit sind junge Leute gemeint, die weder zur Schule gehen noch arbeiten. Sie sind ein riesiger Pool von Menschen, die dafür gewonnen werden können, sich ein einfaches Leben in der Kriminalität zu suchen. Hintergrund ist selbstverständlich, dass es keine Perspektiven, keine Arbeit und nicht genug Schulen gibt. Eine wirkliche Veränderung wird auch deswegen viele Jahre dauern. Denn wenn man sie ernsthaft in Angriff nehmen möchte, gehört dazu auch, diese Kultur zu verändern. Die Medien tragen dazu bei, dass sich dieses Bild des triumphierenden Verbrechers verbreitet - und die Jugendlichen kommen zu dem Schluss: Ich möchte lieber drei oder sechs Monate reich leben, als ein ganzes Leben in Armut und Elend.

**Angela Isphording:** *Was könnte denn getan werden? Was sind die Herausforderungen für die Regierung, für die Zivilgesellschaft und auch für uns in Deutschland und anderen Ländern, um diese Situation zu verändern?*

**Marta Durán:** In wenigen Worten: Das Land wiederaufbauen. Und dafür müssen die sozialen Netzwerke wiederaufgebaut werden. Es muss für Kinder und Jugendliche Schulen geben, damit sie wieder eine Zukunft haben. Denn diese Jugendlichen sehen nur noch das schnelle Geld und den noch schnelleren Tod. Die Mentalität muss sich ändern, aber es muss auch Entwicklungsmöglichkeiten geben. Dafür brauchen wir das bebaubare Land, das derzeit in den Händen der Drogenproduzenten ist. Denn die Preise von Marihuana sind sehr viel höher als die von Mais oder Bohnen. Die Leute müssten aufs Land zurückgehen können, um Nahrungsmittel zu produzieren, die derzeit aus China importiert werden - wie Chiles oder andere wichtige Produkte. Und es ist sehr wichtig, die Straflosigkeit zu bekämpfen. Wenn es keine Gerechtigkeit gibt, wenn es keine funktionierenden Institutionen mehr gibt, wird das Land in eine Art europäisches Mittelalter zurückfallen, in dem jede Region von einem anderen Kartell, einem anderen Mafiaboss regiert wird. Dann hört der lokale Handel auf zu existieren, weil die Leute nicht mehr auf die Straße gehen, aus Angst entführt oder getötet zu werden. Die Händler gehen weg, lösen ihre Geschäfte auf. Und auch gegen die Geldwäsche muss etwas getan werden.

**Angela Isphording:** *Ist die derzeit diskutierte Justizreform ein Weg in die richtige Richtung?*

**José Reveles:** Was es schon gibt, sind sogenannte mündliche Verhandlungen, die eine Reform gegenüber dem bisherigen Justizsystem darstellen. Es geht um die Frage, wie das System der Anklage funktioniert. Es soll öffentliche Verfahren geben, die nach dem sogenannten kontradiktorischen System funktionieren. Aber die Bundes-Strafprozessordnung, deren Text gerade veröffentlicht worden ist, ist immer noch nicht verabschiedet worden. Das geht alles sehr langsam und zieht sich nun schon drei Jahre lang hin, seit dem die mündlichen Verfahren eingerichtet worden sind. Bisher gibt es nur die Strafprozessordnung, die ein ziemlich repressives Instrument ist. Denn danach bekommt die Polizei das Recht, eine Person ohne richterliche Anordnung verhaften zu können. Und die Staatsanwaltschaften können ebenfalls ohne richterliche Anordnung eine Hausdurchsuchung befehlen. Dasselbe gilt für das Abhören von Telefonaten. Das Ganze ist sehr widersprüchlich: Auf der einen Seite soll ein kontradiktorisches System etabliert werden; auf der anderen Seite bekommen staatliche Behörden wie Polizei und Staatsanwaltschaft Instrumente in die Hand, über die bisher die Richter verfügten. Mit dieser Justizreform wird also die richterliche Anordnung ausgehebelt, was mir gefährlich erscheint. Und zu allem Überfluss gibt es auch noch die Diskussion über ein Gesetz der nationalen Sicherheit. Ich weiß nicht, worauf das hinauslaufen soll; schließlich ist das letzte Gesetz erst 2005 verabschiedet worden und hat es bereits ermöglicht, den Ausnahmezustand auszurufen. Wenn es in einer Region des Landes zu chaotischen Zustände kommt, kann die Regierung schon jetzt bestimmte Rechtsgarantien außer Kraft setzen. Vorbehalt ist, dass der Kongress zustimmt und dass keine Arbeitsrechte oder Menschenrechte verletzt werden. Es gibt allerdings einen Paragraphen, der besagt, dass in einer Situation extremer Störung der öffentlichen Ordnung auch Maßnahmen erlaubt sind, die auch diese Beschränkungen außer Kraft setzen. Und dennoch üben das Heer und die Marine Druck aus, dass das nicht reicht, und dass sie für all ihre Aktivitäten eine gesetzliche Grundlage haben möchten. Damit geben sie selbst zu, dass sie derzeit jenseits legaler Grenzen operieren.

**Angela Isphording:** *Indem sie Aufgaben der Polizei übernehmen, zum Beispiel?*

**José Reveles:** Genau. Sie erfüllen all diese Aufgaben der öffentlichen Sicherheit, für die sie nicht ausgebildet sind und zu denen sie nach dem Gesetz auch nicht berechtigt sind. Es steht beispielsweise in Frage, ob die Militärgerichte dafür zuständig sind, Militärs zu verurteilen, die Gräueltaten gegen Zivilisten verübt haben; dennoch wird es so gehandhabt. Kurzum: Das Problem hat viele Facetten. Und ich befürchte, dass wir es nicht mit progressiven, sondern rückschrittlichen Entwicklungen zu tun haben.

**Marta Durán:** Darüber hinaus haben wir es in Mexiko mit einem sehr alten Problem zu tun. Es gibt keine unabhängige Rechtsprechung, sondern eine abhängige Unrechtprechung. Wie es Pablo González Casanova formulierte: In Mexiko ist die Justiz eine Schlange, die die Barfüßigen beißt. Das heißt, wenn du das Gesetz brichst und danach bezahlst, kannst du deine Straflosigkeit oder deine Freilassung erkaufen. Die Unabhängigkeit der Justiz ist in Mexiko sehr erodiert. Für viele Staatsanwaltschaften sind Bestechungen eine Goldgrube; auch Richter verkaufen ihren Urteilsspruch. Und: Selbst wenn ein Verbrecher erfolgreich verhaftet und ins Gefängnis gebracht wird und auch darin gehalten wird, kann der, der Geld hat, das Gefängnis zu einem Luxushotel machen. Er wird mit teurem Essen aus dem Restaurant beliefert; Prostituierte und Drogen werden ihm gebracht und er kann Feste organisieren und Freigang bekommen. Auch die besten Gesetze nützen überhaupt nichts, wenn sie nicht ernsthaft angewandt werden.



**Angela Isphording:** *Und was ist die Rolle der Zivilgesellschaft? Es gab ja schon verschiedene Protestkarawanen, etwa um Javier Sicilia herum. Haben Sie den Eindruck, dass die mexikanische Gesellschaft gerade aufwacht und sich auch gegen diesen so genannten Krieg gegen den Drogenhandel positioniert?*

**José Reveles:** Ja; die Reaktionen kommen allerdings Jahre zu spät. Die Gewalt hat schon seit vielen Jahren zugenommen und auch die massiven Reaktionen der Regierung gibt es schon seit einigen Jahren. Der Verdienst der Karawane um Javier Sicilia ist es, die Opfer für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Sie haben es zu diesen Anlässen auch erreicht - auch wenn dies vor allem ein medialer Erfolg ist -, sich mit dem Präsidenten an einen Tisch zu setzen und ihm direkt ins Gesicht zu sagen, was geschieht. Das macht es zumindest nicht mehr möglich, die Situation zu verschleiern. Und es steht nun allen offen zu sagen: Auch ich bin empört und schließe mich diesen Protesten an. Insgesamt fangen wir aber gerade erst bei null an. Kurz nachdem diese Karawane loszog, haben die Staatsanwälte etwa auf einem landesweiten Treffen beschlossen, eine Statistik der Toten zu erstellen und die DNA-Daten zu registrieren. Erst jetzt werden also Datenbanken zur Identifizierung eingerichtet. Das ist insofern erschreckend, als es ein Licht darauf wirft, wie wenig bisher geschehen ist. Es ist tragisch, wenn im Norden des Landes Massengräber gefunden werden und die Leichen - so etwa die 72 Toten vom August 2010 - erst einmal Tausende von Kilometern in die Hauptstadt gebracht werden müssen. Auch 2011 sind 120 der 500 Leichen, die im ganzen Land aufgefunden worden sind, nach Mexiko-Stadt gebracht worden, weil sie sonst nicht wussten, wohin mit ihnen. Schon allein bei der Identifizierung der Toten können wir uns also ein Bild von der unglaublichen Tragödie machen. Es ist auch erst wenige Wochen her, dass eine Beschwerdestelle eingerichtet wurde, an die sich Opfer von Gewalt wenden können. Dass eine Institution nötig wird, zeigt, wie viele Opfer es gibt. Letztendlich ist das aber wieder eine Propagandaveranstaltung der Regierung. Denn diese Behörde hat weder einen angemessenen Etat, noch werden Leute dafür ausgebildet. Den ersten Fall präsentierte dort ein mit mir befreundeter Anwalt. Es geht um die Entführung eines schweizerischen Staatsbürgers in Cuernavaca. Es stellte sich heraus, dass es Monate dauern wird, bis diese Maschinerie in Gang kommt, aber immerhin: Es ist ein Anfang, nur leider reichlich spät.

**Angela Isphording:** *Eine weitere, wahrscheinlich sehr komplexe Frage: Welche Rolle spielen die Medien in dieser Situation? Mexiko ist derzeit das Land, in dem weltweit am zweithäufigsten Journalisten ermordet werden; viele dieser Morde stehen in Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Drogenhandel. Sie selbst arbeiten beide im Journalismus. Bekanntlich gibt es viel Selbstzensur. Inwiefern beeinflussen die Medien die Stimmung in der Zivilgesellschaft?*

**Marta Durán:** In der Hauptstadt haben wir mehr Spielräume, weil wir nicht direkt bedroht sind. Aber je weiter man sich von der Hauptstadt in Richtung Norden oder Süden entfernt, desto eindeutiger werden die Medien kontrolliert. Aber auch in der Hauptstadt gibt es viele Medien - insbesondere die privaten Fernsehkanäle und die elektronischen Medien - die im Dienste der Regierung stehen; auch hier sind also kritischen Stimmen rar. Sie finden sich vor allem in der Presse, also in den Schriftmedien. In Mexiko lesen die Leute aber kaum, Zeitungen sind teuer und 95 Prozent der Leute bilden ihre politische Meinung durch Informationen aus dem Fernsehen. Das frei zugängliche Fernsehen ist kontrolliert, und von dort aus werden ernsthafte Journalisten kritisiert und angegriffen. Es geht also nicht nur darum, dass professionelle Journalisten in Konflikt mit Politikern geraten, dass also so wie überall auf der Welt Presse und Regierung aufeinander losgehen. In Mexiko gibt es nicht

nur die übliche Art Zensur. Es gibt auch den Druck der organisierten Kriminalität, und es gibt die Angst, wegen der sich Journalisten auch selbst zensieren.

**José Reveles:** Ich möchte zu letzterem noch etwas sagen: An der Nordgrenze Mexikos gibt es ein neues Phänomen, das des selbstgewählten Exils. Mindestens zehn Journalisten haben in den USA Asyl beantragt. Sie wurden bedroht, konnten nicht mehr bleiben und haben mit ihren Familien das Land verlassen. Andere sind in die Hauptstadt gezogen. Von den zehn Journalisten aus den Bundesstaaten Tamaulipas und Chihuahua, die in den USA Asyl beantragt haben, wissen wir durch einen Bericht der Organisationen Artikel 19 und CENCOS (Zentrum für soziale Kommunikation). Andere - das ist allerdings eher eine Ausnahme - haben in Europa Zuflucht gesucht. Die, die weiterarbeiten, sind dazu gezwungen, sich selbst zu zensieren. Eine Journalistin sagte neulich vor einem Monat auf einem Treffen von Journalisten aus vierzehn Bundesstaaten: In Tamaulipas gibt es eine neue Art von Herausgebern und Chefredakteuren: nämlich die Zetas. Sie bestimmen, was veröffentlicht wird. Ihr zufolge gilt das sogar für die Seiten über gesellschaftliche Ereignisse: Es muss zum Beispiel gratis veröffentlicht werden, dass irgendein Mädchen 15 Jahre alt geworden ist oder dass ein Kind getauft wurde. Demgegenüber dürfen Informationen über Massaker oder Schießereien nicht mehr veröffentlicht werden; und so wissen die Leute in Tamaulipas, Chihuahua oder Nueva León nicht mehr über die Gewalttaten Bescheid, weil die Zeitungen gezwungenermaßen darüber schweigen. Wir sind also in einer Situation, in der es nicht in erster Linie die Staatsmacht ist, die die Medien zum Schweigen bringt, auch wenn sie indirekt darin verwickelt ist. Denn sie schützt ja die Drogenhändler und das organisierte Verbrechen. Es gibt sozusagen eine doppelte Macht über die Medien, die die Meinungsfreiheit einschränkt. Seit dem Jahr 2010 bis heute sind zwischen 80 und 100 Journalisten getötet worden; und seit einiger Zeit sind 13 Journalisten verschwunden, über deren Verbleib man bis heute nichts weiß. Manche schätzen Mexiko heute als das gefährlichste Land der Welt ein, um im Journalismus zu arbeiten. Nichtsdestotrotz muss man klarstellen, dass immer noch die meisten Übergriffe von Politikern, Regierungsbeamten und Unternehmern ausgehen. Die Bedeutung der organisierten Kriminalität nimmt aber zu, und auf jeden Fall ist es heute schwer und im Norden des Landes so gut wie unmöglich, den Beruf des Journalisten auszuüben. Aber auch in anderen Regionen wie Michoacan und Morelos oder im Süden, in Chiapas und Tabasco, gibt es viele Schwierigkeiten.

**Angela Isphording:** *Im Juli 2012 wird in Mexiko gewählt. Was kann über Wahlen verändert werden und welche Rolle spielt der Drogenhandel in diesen Wahlen?*

**José Reveles:** Dem Experten Edgardo Buscaglia zufolge fließt immer mehr Geld in die Wahlen, so dass zunehmend wirtschaftlich Einfluss darauf genommen wird, welche Kandidaten aufgestellt werden. Darüber hinaus werden Bürgermeister oder Kandidaten zum Bürgermeister in Mexiko auch ermordet, wenn sie nicht mit den Interessen der in der Gegend herrschenden kriminellen Gruppe übereinstimmen. Es gibt 18 Fälle von ermordeten Bürgermeistern; zudem wurde im letzten Jahr ein Kandidat auf den Gouverneursposten ermordet, Rodolfo Torre Cantú. Wenn diese Gewalt sich weiter ausweitet, könnte dies auch die Präsidentschaftswahlen beeinträchtigen, bei der auch Abgeordnete und Senatoren gewählt werden. Das heißt: Geld oder Leben. Entweder die Politiker richten sie darauf ein, die Interessen dieser Gruppen zu begünstigen, oder sie werden angegriffen. Dieses Phänomen gab es schon letztes Jahr in Tamaulipas, Nueva León und in Chihuahua, als manche Parteien aus Angst gar keine Kandidaten für den Bürgermeisterposten aufstellten. Das galt insbesondere für die Partei PAN (Partido de Acción Nacional). Denn es ist sehr gefährlich, die öffentliche Verwaltung in

einer Situation zu übernehmen, in der die Verbrecherorganisationen darüber bestimmen und nicht die Regierung. Um einen Begriff von Buscaglia zu werden: Die Stadtverwaltungen werden immer weiter „refeudalisiert“. Sie koppeln sich vom Einfluss des Nationalstaates ab und werden sozusagen zum Hoheitsgebiet des Verbrechens. Das geschieht sehr häufig. Und schließlich kann man heute ein weiteres Phänomen beobachten: Da die Bundesregierung nicht mehr ein monolithischer Block ist, der die Kontrolle über alle Bundesstaaten innehat, werden die Bundesstaaten zu so etwas wie kleinen Fürstentümern. Hier kann sich jeder Gouverneur extrem verschulden und seinem Nachfolger nicht bezahlbare Schuldenberge hinterlassen. Das ist schon in den Bundesstaaten Coahuila und Quintana Roo geschehen - und auch andernorts. Überall, wo die Bundesregierung die Kontrolle verloren hat, verwickeln sich die Bundesstaaten nach den Wahlen in eine Mischung aus Kriminalität, Unterschlagung, Korruption und Straflosigkeit.

**Marta Durán:** Das ist kaum auszumalen, was es heißt, wenn die organisierte Kriminalität die Kandidaten bzw. die Gouverneure bestimmt, was ist das für eine Demokratie!

**Angela Isphording:** *Das wäre ja schon ein gutes Schlusswort. Wollen Sie aber noch einen wichtigen Aspekt hinzufügen?*

**Marta Durán:** Ja, ich möchte noch etwas zur Rolle der Zivilgesellschaft sagen. Ich sehe da zwei große Probleme: Die Leute haben sehr viel Angst, eine Entführung oder das Verschwinden eines Menschen anzuzeigen oder auch ganz gewöhnliche Verbrechen wie einen Einbruch. Sie haben Angst, weil sie Angst vor der Polizei haben und weil sie nicht wissen, ob die Kriminellen sich anschließend rächen. Die Angst lähmt also die Verteidigung der eigenen Rechte. Andererseits fehlt aber auch das Bewusstsein, überhaupt Bürger mit Rechten zu sein - in dem Sinne: Wenn ich Steuern zahle und damit dieser Politiker bezahlt wird, sollte er seine Aufgaben auch erfüllen und mir Rechenschaft darüber ablegen, also seine Arbeit transparent machen. Wenn er dies nicht tut, sollte man ihm seine Einkünfte entziehen und ihn ins Gefängnis stecken. So denken die Leute aber nicht, sie stellen keine Forderungen. Das ist ein Erbe von 500 Jahren der Erfahrungen mit Herrschaft und Hierarchie. Die Politiker sind so etwas wie Halbgötter und so sprechen die Leute sie auch unterwürfig an: „Señor Abgeordneter“ oder „Señor Senator“. Es gibt nicht diese...

**Angela Isphording:** ... *Empörung?*

**Marta Durán:** Doch, die gibt es schon. Aber niemand konfrontiert die Politiker damit. Diese Hierarchien gelten als normal, und du solltest dich mit deinem Herrn, deinem Patrón, nicht anlegen. Du darfst, wenn du mit dem Gouverneur sprichst, nicht auf den Tisch hauen. Wir müssen noch viel von anderen Ländern lernen, wo die Leute sich wirklich empören und fordern, dass die Politiker, die ihre Aufgaben nicht erfüllen, ins Gefängnis kommen und bestraft werden müssen. Dieses bürgerliche Bewusstsein, diese Zivilcourage, um es mal so zu benennen, fehlt in Mexiko.

**José Reveles:** Nun ja, es gibt auch die Geschichte einer Frau, der Mutter von zwei Opfern, die in Ciudad Juárez auf Calderón zulief und sagte: „Sie sind hier nicht willkommen!“ Aber das ist nicht üblich, das fängt gerade erst an. Eine andere letzte Bemerkung: Ein Experte sagte einmal, dass die Eliten erst dann Maßnahmen gegen diese Gewalt und diese chaotischen Zustände ergreifen werden, wenn sie selbst davon betroffen sind. Dann werden sie versuchen, sich zu schützen und werden auch dafür sorgen, dass die Verantwortlichen auf den oberen Etagen verurteilt werden. Sie werden

drastische Maßnahmen gegen die Geldwäsche einführen - all das, was bis jetzt nicht geschieht. Bis jetzt hält sich alles auf einem bestimmten Niveau alltäglicher Gewalt. Und anscheinend lässt die Regierung das nicht nur so laufen, sondern hat auch ein Interesse daran, dass die Situation genau so aufrechterhalten wird. Denn so hat sie es mit einer unterwürfigen, passiven, eingeschüchterten Bevölkerung zu tun. Diese Bevölkerung beklagt sich zwar wortreich, setzt diese Klagen aber nicht in Taten um, weil sie den staatlichen Institutionen nicht vertraut. Da kann man nur sagen: Hoffentlich gibt es nicht erst dann eine Lösung, wenn Gewalt, Straflosigkeit und Ungerechtigkeit ein solches Ausmaß erreichen, dass auch die Eliten davon betroffen sind. So lange können wir nicht warten.

**Angela Isphording:** *Hoffentlich! Vielen Dank, José Reveles und Marta Durán im Namen der Rosa Luxemburg Stiftung für dieses Gespräch.*

*Übersetzung: Susanne Schultz*